



**AUSWIRKUNGEN DER KONJUNKTURKRISE AUF DIE LOKALEN UND  
REGIONALEN GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN**

**COMMUNIQUÉ VON ATHEN**

24. März 2009

***Die Mitglieder des Exekutivbüros des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, am 24. März 2009 in Athen versammelt, haben das folgende Communiqué verabschiedet:***

1. Überall in Europa haben die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften mit den gravierenden Folgen der schwersten Wirtschaftskrise seit vielen Jahren zu kämpfen.
2. Gerade in Krisenzeiten suchen unsere Bürger Unterstützung bei ihren Gebietskörperschaften und haben den weitestgehenden Bedarf an lokalen öffentlichen Dienstleistungen. Es gehört zu unseren Kernaufgaben, den betroffenen Bürgern Unterstützung und Grunddienstleistungen zu bieten – doch entsteht durch diese Hilfsaktionen für unsere Behörden gleichzeitig ein beträchtlicher finanzieller Druck.
3. Hinzu kommt, dass in Zeiten der Rezession die Finanzressourcen schrumpfen, und zwar durch den Rückgang der Steuereinnahmen, der Transferzahlungen und sonstiger Einkommensquellen. Es ist wohl vorauszusehen, dass dieser Verlust an Einnahmen über das ganze Jahr 2009 hin und darüber hinaus andauern wird.
4. Wir nehmen die Maßnahmen zur Kenntnis, die auf europäischer Ebene und in den meisten Mitgliedstaaten getroffen wurden, um in diesem wirtschaftlichen Engpass das Finanzsystem zu stabilisieren und einen Konjunkturaufschwung zu fördern. Wir stellen fest, dass sich die Zugehörigkeit zur Eurozone für deren Mitgliedsländer, die besonders in Mitleidenschaft gezogen wurden, positiv auswirkt.
5. Wir sind davon überzeugt, dass erstens die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften einzigartig positioniert und daher in der Lage sind, bei der Umsetzung von Programmen zur Ankurbelung der Wirtschaft eine maßgebliche Rolle zu spielen, und dass zweitens unsere Investitionen sicherlich kurzfristig einträglicher sind als anderweitige Investitionen. Und doch ist zu beobachten, dass gewisse nationale Regierungen es nicht für notwendig halten, ihre lokalen und regionalen Gebietskörperschaften hierbei einzubinden und mit ihnen zusammenzuarbeiten.

6. Im übrigen sind die Investitionen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im allgemeinen derart gestaltet, dass sie einen stärkeren Multiplikatoreffekt auszulösen vermögen. Schon jetzt werden ca. 70% der Ausgaben des öffentlichen Vergabewesens von den Gebietskörperschaften bestritten.
7. Vor diesem Hintergrund appellieren wir an die europäischen Institutionen sowie an den Europäischen Rat, einen größeren Anteil der Investitionen auf die derzeitigen und zukünftigen Programme zur Wiederbelebung der Wirtschaft zu konzentrieren, und die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften daran zu beteiligen.
8. Wir ersuchen die europäischen Institutionen und die Mitgliedstaaten, größere Flexibilität zu gewähren um sicherzustellen, dass die Strukturfonds in diesen Zeiten einfacher und kreativer genutzt werden können (z.B. Erhöhung des EU-Kofinanzierungsanteils), dass sie kurzfristig auf rasch umsetzbare, zukunftssträchtige Investitionen ausgerichtet werden, wie z.B. auf Maßnahmen zur Optimierung der Energieeffizienz. Kurzfristige Maßnahmen sollten ergriffen werden, um zu langfristigen Zielen wie z.B. der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit beizutragen, und nicht um ihnen entgegenzuwirken.
9. Wir begrüßen die Initiative der Europäischen Investitionsbank, Maßnahmen zur Konjunkturbelebung zu fördern, die von lokalen und regionalen Gebietskörperschaften durchgeführt werden und weisen nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, diese Art von Programmen weiter auszubauen.
10. Gleichzeitig appellieren wir an unsere nationalen Regierungen, zu gewährleisten, dass ihre lokalen und regionalen Gebietskörperschaften
  - (a) als Partner in die Aktionen zur Krisenbekämpfung einbezogen werden,
  - (b) sowohl finanziell, als auch in anderer sachdienlicher Hinsicht in die Lage versetzt werden, ihre Verantwortung wahrzunehmen und die Opfer der Krise zu unterstützen.

Spezielle Schutzmaßnahmen müssen getroffen werden, um die finanzielle Grundlage und die Ressourcen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften abzusichern.

11. Abschließend halten wir fest, dass nach unserer Ansicht der potentielle Beitrag der Gebietskörperschaften zur Abwehr der Konjunkturkrise bisher in seinem vollen Ausmaß weder von der Europäischen Union noch von der Mehrzahl der Mitgliedstaaten erfasst und ausgewertet worden ist. Wir schlagen daher einen « New Deal der Gebietskörperschaften » vor, der darauf abzielt, gemeinsame Ziele zu verfolgen, um der Wirtschaft, der Umwelt und der Gesellschaft Europas neue Kraft zu spenden.